

Kein Konjunkturunbruch in Deutschland – IW-Konjunkturprognose 2007

Arbeitsgruppe Konjunktur*, Oktober 2006

Die deutsche Wirtschaft bleibt auf Wachstumskurs, wenngleich der Aufschwung im nächsten Jahr leicht an Tempo verlieren wird. Im Jahr 2006 wird das reale Bruttoinlandsprodukt um 2,4 Prozent zulegen. Für das Jahr 2007 ist zwar nur mit einem Wirtschaftswachstum von 1,5 Prozent zu rechnen. Es handelt sich aber lediglich um eine Delle im Aufwärtstrend, die vor allem durch die staatliche Finanzpolitik verursacht wird. Dabei wird der Private Konsum durch die anstehende Mehrwertsteuererhöhung im Januar 2007 in diesem Jahr durch Vorzieheffekte stimuliert und im nächsten Jahr gebremst. Ansonsten sind aber die stützenden Kräfte durch die weiterhin von Rekord zu Rekord ansteigende Auslandsnachfrage und die letztlich auch dadurch in Gang gekommene Investitionskonjunktur stark genug, um den Aufschwung weiter zu tragen. Die Inlandsnachfrage gewinnt an Eigendynamik, weil auch die Beschäftigung in diesem Jahr um 270.000 und im Jahr 2007 um 235.000 Personen ansteigt. Die Anzahl der Arbeitslosen sinkt zeitweise auf unter 4 Millionen.

Determinanten einer robusten Weltwirtschaft

Die Weltwirtschaft bewegt sich nach wie vor auf einem hohen Wachstumspfad. In den letzten drei Jahren belief sich die weltweite reale Wachstumsrate auf rund 5 Prozent. Eine solch hohe Performance über mehrere Jahre wurde selbst in den siebziger Jahren nicht erzielt. Insofern befindet sich die Weltwirtschaft zurzeit in einer Boomphase, die es über solch einen längeren Zeitraum noch nicht gegeben hat. In diesem Jahr wird die weltwirtschaftliche reale Produktion um 5,1 Prozent wachsen, im Jahr 2007 wird sich die Wachstumsrate auf 4,7 Prozent belaufen. Der reale Welthandel wird mit einem Anstieg um 8,5 Prozent in diesem und 7,5 Prozent im nächsten Jahr ebenfalls äußerst robust bleiben.

* Ralf Brügelmann, Winfried Fuest, Michael Grömling (Koordination), Michael Hüther, Manfred Jäger, Hans-Peter Klös, Rolf Kroker und Christof Römer.

Die momentane weltwirtschaftliche Entwicklung weist auf strukturelle Veränderungen hin. Vor allem mit China und Indien, aber auch mit den neuen osteuropäischen Ländern der Europäischen Union (EU) sind innerhalb der letzten Dekade neue wettbewerbsfähige Volkswirtschaften hinzugekommen, die die weltwirtschaftliche Entwicklung maßgeblich beeinflussen. Einerseits können Länder wie Deutschland von der enormen zusätzlichen Nachfrage profitieren, die durch diese Länder auf den Weltmärkten entstanden ist, und gleichzeitig bieten sich dort neue Absatzmärkte, die zusätzliche Gewinne versprechen. Andererseits wird über den internationalen Handel und den Austausch von Gütern der Strukturwandel vorangetrieben, da diese Länder gegenüber den traditionellen Industrieländern als Konkurrenten auftreten und den Wettbewerbsprozess innerhalb einer Volkswirtschaft beschleunigen. Ein weiterer Grund liegt darin, dass die Sorgen und Ängste vor einer inflationären Entwicklung derzeit deutlich weniger stark ausgeprägt sind als noch in den siebziger Jahren. Dies darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich auch in den letzten Jahren verstärkt Inflationstendenzen bemerkbar gemacht haben. Durch expansiv ausgerichtete Geldpolitiken wurde in den letzten Jahren die Liquidität gestärkt. Im Unterschied zu früheren Jahrzehnten sind inflationäre Entwicklungen allerdings nicht mehr im gleichen Ausmaß zu erkennen. Die Flexibilisierung der Produkt- und Gütermärkte, die in der Vergangenheit besonders durch das Binnenmarktprojekt in der EU vorangetrieben wurde, zahlt sich nun aus. Dies führt ebenfalls dazu, dass exogene Schocks von Volkswirtschaften besser abgefedert werden können. Die Krisenanfälligkeit der Volkswirtschaften infolge von exogenen Schocks hat somit abgenommen, und die Liberalisierung und Deregulierung haben die Effizienz der Märkte über die internationale Arbeitsteilung deutlich erhöht (Hüther, 2006).

Weltwirtschaft nicht ohne Risiken

Das Wachstum der Weltwirtschaft wird im nächsten Jahr weiter auf einem hohen Niveau bleiben, sich allerdings etwas vermindern. Trotz dieser nach wie vor eindrucksvollen Performance bestehen gleichwohl Risiken für die Prognose. Allerdings ergeben sich im Vergleich zu den Prognosen der Vorjahre keine wesentlich neuen Risiken:

1. Es besteht die Gefahr weiter ansteigender Ölpreise vor dem Hintergrund eines allzu knappen Angebots und geopolitischer Unsicherheiten. Der Ölpreis ist in den letzten beiden Jahren ebenfalls deutlich angestiegen. Zeitweise mussten in diesem Jahr deutlich über 70 Dollar für ein Barrel Rohöl gezahlt werden, wenngleich der Ölpreis im Spätsommer niedriger notierte. Offensichtlich beeinträchtigt dieser hohe Ölpreis die weltwirtschaftliche Entwicklung nicht im gleichen Ausmaß früherer Ölpreisschocks. Der Hauptgrund hierfür dürfte sein, dass in der momentanen Situation ein beschränktes Angebot auf eine stark steigende Nachfrage trifft, die den Preisanstieg verursacht und damit Ausdruck der weltwirtschaftlichen Stärke ist. Es ist damit zu rechnen, dass sich die Situation an den Ölmärkten

nicht weiter zuspitzt und die Wahrscheinlichkeit einer weltweiten Rezession ausgelöst durch stark steigende Ölpreise besteht, diese aber nicht allzu hoch ist.

2. Die globalen Ungleichgewichte – vor allem in Form des immensen Leistungsbilanzdefizits in den USA – gehen sicherlich mit der Gefahr von größeren Wechselkursveränderungen einher. Vor dem Hintergrund der bisherigen Entwicklung kann man davon ausgehen, dass im weiteren Prognosezeitraum keine nennenswerten Anpassungsreaktionen erfolgen.

3. Die Zinserhöhungen in vielen Industrieländern können nennenswerte realwirtschaftliche Effekte nach sich ziehen. Allerdings dürften die Notenbanken bei einem neutralen Zinsniveau stehen bleiben. Das positive Inflationsumfeld erlaubt dies, und es begrenzt damit auch die Gefahr einer geldpolitischen Übersteuerung.

4. Die Wachstumsabschwächung in den USA kann stärker verlaufen, als zu diesem Zeitpunkt angenommen wird. Dies könnte vor allem durch ein Platzen der Immobilienblase ausgelöst werden, was negative Vermögenseffekte und damit einen starken Einbruch des Privaten Konsums nach sich ziehen könnte. Ein Wachstumseinbruch in China könnte auch zu einem deutlich geringeren weltwirtschaftlichen Wachstum führen. In den letzten Jahren entstanden als Folge der wirtschaftlichen Entwicklung strukturelle Probleme (Römer, 2006). Allerdings stellen sie keine allzu großen Gefahren für eine weltwirtschaftliche Rezession dar, und sie werden voraussichtlich auch nicht eintreten.

Zwei weitere Punkte könnten zu einem deutlichen Abflachen der weltwirtschaftlichen Aktivität führen: Zum einen würde ein neuer Krieg in Nahost neben einer starken Verunsicherung der Märkte und den damit einhergehenden Folgen auch die Energieversorgung gefährden und negative realwirtschaftliche Folgen haben. Zum anderen wirft das (vorläufige) Scheitern der Doha-Runde die Frage auf, ob die Welthandelsorganisation (WTO) wegen der Differenzen unter den Mitgliedstaaten in absehbarer Zukunft ihrer Aufgabe gerecht werden kann, den Welthandel weiter zu liberalisieren (Matthes, 2006). Die Gefahr protektionistischer Tendenzen ist derzeit nicht von der Hand zu weisen.

US-Wachstum schwächt sich etwas ab

In den letzten beiden Jahren zeigte die US-Wirtschaft mit einem Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 3,9 und 3,2 Prozent eine äußerst robuste Performance und wirkte somit stützend auf das Wachstum der Weltwirtschaft. Im Verlauf des ersten Halbjahres 2006 wuchs die US-Wirtschaft um 3,6 Prozent gegenüber dem entsprechenden Vorjahreshalbjahr. Als Wachstumstreiber erwies sich dabei wiederum der Private Konsum, der um 3,2 Prozent zulegen konnte und damit 2,2 Prozentpunkte zum Wirtschaftswachstum beitrug. Etwas abgeschwächt hat sich dagegen die Investitionstätigkeit. Die Bruttoanlageinvestitionen stiegen im ersten Halbjahr gegenüber dem Vorjahr um 6,9 Prozent und konn-

ten damit rund 1 Prozentpunkt zum Wirtschaftswachstum beisteuern. Die Finanzpolitik wirkte mit einem Wachstumsbeitrag von 0,4 Prozentpunkten und einem Anstieg um 2 Prozent ebenfalls stimulierend. Der Außenbeitrag minderte im ersten Halbjahr 2006 das Wirtschaftswachstum um 0,2 Prozentpunkte. Dabei konnten die Exporte zwar einen starken Zuwachs von 8,2 Prozent verzeichnen. Durch das höhere Niveau der Importe blieb der Außenbeitrag aber negativ. Unterstützend auf den Privaten Konsum und damit auf das Wachstum wirkte vor allem der US-Arbeitsmarkt. Seit dem Sommer 2003 hat die Arbeitslosenquote einen deutlich sinkenden Verlauf. Im August 2006 betrug sie 4,7 Prozent.

Tabelle 1

IW-Industrielländerprognose

Veränderung des realen BIP gegenüber Vorjahr in Prozent

	2005	2006	2007
Deutschland	0,9	2,4	1,5
Frankreich	1,2	2,5	2,2
Italien	0,0	1,6	1,3
Österreich	2,0	2,9	2,3
Belgien	1,5	2,5	2,2
Finnland	2,9	3,8	3,1
Irland	5,5	5,1	5,2
Niederlande	1,5	3,0	2,9
Portugal	0,4	1,1	1,5
Spanien	3,4	3,6	3,3
Griechenland	3,7	3,6	3,1
Luxemburg	4,0	4,0	3,6
Euroland¹⁾	1,4	2,5	2,1
Vereinigtes Königreich	1,9	2,6	2,5
Schweden	2,7	4,0	2,6
Dänemark	3,2	2,9	2,3
Norwegen	2,3	2,8	2,8
Schweiz	1,9	2,9	2,0
USA	3,2	3,4	2,9
Japan	2,6	2,8	2,5
Kanada	2,9	3,0	3,0
Industrielländer^{1) 2)}	2,9	3,2	2,8

1) Gewicht: BIP 2005. 2) Gewichteter Durchschnitt der hier außerhalb des Euroraums angegebenen Industrieländer.
Quellen: IWF; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Das US-Wachstum wird sich im zweiten Halbjahr 2006 und im Jahr 2007 etwas abschwächen. In diesem Jahr wird mit einem Zuwachs der realen Wirtschaftsleistung um 3,4 Prozent gerechnet, im nächsten Jahr wird sie sich um 2,9 Prozent erhöhen (Tabelle 1). Folgende Gründe sprechen für diese Entwicklung:

- Das Niveau der Fed Funds Rate liegt mittlerweile bei 5,25 Prozent. Die Zinserhöhungen haben mit zeitlicher Verzögerung realwirtschaftliche Folgen und dämpfen daher die privaten Konsumausgaben und die Investitionstätigkeit. Beide Aggregate werden etwas an Dynamik einbüßen.
- Schwächere Konsumausgaben und Unternehmensinvestitionen werden auch den Arbeitsmarkt belasten und damit wieder für ein Mehr an Unsicherheit sorgen und konjunkturell belastend wirken.
- Die in den vergangenen Jahren deutlichen Preisanstiege am US-Immobilienmarkt scheinen sich abzukühlen. Dies hat durch sinkende Wohnungsbauinvestitionen einen direkten Effekt auf das BIP. Indirekte Auswirkungen entstehen auch dadurch, dass der verlangsamte Preisanstieg zu einem Abflachen der US-Konsumkurve führen kann. Allerdings besteht bezüglich der potenziellen Auswirkungen auf den Privaten Konsum keine Klarheit. Neuere Untersuchungen zeigen keinen signifikanten Effekt zwischen der Immobilienpreisentwicklung und dem Privaten Konsum (Jäger/Voigtländer, 2006).

Weiter robustes Wachstum in Asien

Die wirtschaftliche Entwicklung zeichnet sich nach wie vor durch ein äußerst robustes Wachstum aus, und alle strukturellen Schwächen der Asienkrise scheinen überwunden. Allen voran zeigen vor allem die großen Länder Japan und China eine positive Entwicklung, wenn auch mit unterschiedlichen Ausgangsniveaus. In Japan dürften die strukturellen Schwächen der vergangenen Jahre zunehmend überwunden werden. Im Jahr 2005 stieg das reale BIP um 2,6 Prozent. In den letzten Jahren ist in Japan ein positiver Verlauf zu erkennen: Der beginnende Aufschwung wurde zunächst vom Export getragen, der dann zunehmend auf den Binnensektor überschwappte. Günstig wirkte sich dabei aus, dass Ministerpräsident Koizumi die erforderlichen Strukturreformen kontinuierlich in die Wege leiten und umsetzen konnte. So wird in diesem Jahr die wirtschaftliche Entwicklung auch von einer breiten Basis und nicht nur vom Export, der im ersten Halbjahr jedoch wieder äußerst kräftig um fast 12 Prozent anstieg, getragen. Im ersten Halbjahr 2006 stiegen die privaten Konsumausgaben gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 1,9 Prozent an. Bei den realen Bruttoanlageinvestitionen mit einem Anstieg um 4,8 Prozent zeigt sich noch deutlicher eine solide Wachstumsperformance. Die japanischen Unternehmen haben ihre Ertragslage in den vergangenen Jahren stark verbessert. Die zukünftigen Aussichten werden allerdings durch einige Faktoren getrübt. Die japanische Zentralbank hat die Nullzins-

politik beendet und die Zinsen im Juli auf 0,25 Prozent angehoben. Verbunden mit dem Abbau der Überschussreserven wird dies auf die Realwirtschaft durchschlagen und das BIP-Wachstum in den nächsten beiden Jahren dämpfen. Das Wachstum könnte ebenso durch ein Abflachen der US-Konjunktur vermindert werden. Daher ist in diesem Jahr mit einem Wachstum von 2,8 Prozent zu rechnen, im nächsten Jahr wird es sich auf 2,5 Prozent abschwächen. Eine Rückkehr zur Deflation ist aber aus heutiger Sicht unwahrscheinlich. Sorgen bereitet die hohe Staatsverschuldung in Höhe von etwa 180 Prozent des BIP, deren mittelfristige Rückführung äußerst schwierig erscheint. Spannend dürfte in naher Zukunft sein, ob der wirtschaftspolitische Reformkurs in Japan durch den neuen Ministerpräsidenten Shinzo Abe, der im September dieses Jahres Nachfolger von Koizumi wurde, fortgeführt werden wird.

Der asiatische Wachstumsmotor China entwickelte sich immer mehr zu einer weltwirtschaftlichen Konjunkturlokomotive. Vor allem über den Außensektor wird die konjunkturelle Entwicklung in den anderen Volkswirtschaften stimuliert. In den vergangenen Jahren wurden beim Export und beim Import jährliche Wachstumsraten von 30 Prozent erzielt. Damit wurde China im letzten Jahr zur drittgrößten Handelsnation. Werden die Wachstumsraten der vergangenen Jahre fortgeschrieben, wäre China bereits im Jahr 2008 Exportweltmeister im Warenhandel (Römer, 2006). Den Nachrichten über einen zunehmend restriktiven Kurs in der Geldpolitik oder auch über den Aufbau von Überkapazitäten in einigen Branchen zum Trotz verläuft die chinesische Wachstumskurve weiter steil nach oben. In diesem und im nächsten Jahr kann mit einem Wachstum des realen BIP um 10 Prozent gerechnet werden.

Wachstum im Euro-Raum bleibt schwach

Im Vergleich zur Prognose des letzten Jahres ist der Ausblick für die Länder des Euroraums im Jahr 2006 deutlich positiver. So konnte das reale BIP im ersten Halbjahr 2006 um 2,4 Prozent zulegen. Offensichtlich schwappen die Erfolge des Außenhandels – im ersten Halbjahr konnten die realen Exporte um 9,3 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum zulegen – verstärkt auf die Binnennachfrage über. Vor allem die Unternehmen zeigen sich wieder verstärkt in Investitionslaune. Die Bruttoanlageinvestitionen konnten im gleichen Zeitraum um 4,2 Prozent zulegen. Im zweiten Halbjahr wird die konjunkturelle Dynamik aufgrund der etwas schwächeren Weltkonjunktur ebenfalls nachlassen. Erfreulich ist jedoch, dass sich die Basis des Aufschwungs in diesem Jahr verbreitert hat, weil auch die großen Länder der Eurozone höhere Wachstumsraten vorweisen konnten (s. Tabelle 1). Im laufenden Jahr wird mit einem Zuwachs der realen Wirtschaftsleistung um 2,5 Prozent gerechnet. Trotz der für europäische Verhältnisse guten Wachstumsperformance befindet

sich die Eurozone weiterhin deutlich unterhalb der Wachstumsraten in den USA. Im nächsten Jahr wird der Zuwachs des realen BIP mit 2,1 Prozent etwas geringer ausfallen. Grund dafür ist das sich eintrübende Wachstum der großen Euro-Volkswirtschaften. Durch eine Abschwächung der Exportdynamik wird sich auch die Binnennachfrage etwas schwächer entwickeln.

Der Wachstumsprozess einiger europäischer Länder bleibt auch in diesem wie im nächsten Jahr intakt. Länder wie Irland, Spanien oder auch Luxemburg befinden sich weiter auf einem hohen Wachstumspfad. Irland wächst seit Jahren mit einer Rate nahe der 5-Prozent-Marke, in Spanien werden Wachstumsraten von um die 3 Prozent erzielt. Befürchtungen, dass sich die spanische Binnenkonjunktur über die letzten Jahre etwas überhitzt haben könnte, wurden nicht bestätigt. Vor allem der Private Verbrauch und die Investitionstätigkeit tragen zum Wachstum bei, während der Außensektor mindernd wirkt. Erfreulich ist auch, dass sich Italien von der Stagnation im letzten Jahr erholt hat. Die drittgrößte Volkswirtschaft der Eurozone kämpft nach wie vor mit strukturellen Problemen wie etwa dem geringen Potenzialwachstum, das weiter durch die relativ geringe Wettbewerbsfähigkeit gedämpft wird. So konnten die Exporte im vergangenen Jahr trotz der boomenden Weltkonjunktur lediglich um 0,7 Prozent zulegen. In Frankreich zeigt sich die Binnenkonjunktur robust, was gestützt wird durch eine sinkende Arbeitslosenquote. Das Wachstum wird sich im nächsten Jahr auch hier durch die Folgen des internationalen Konjunkturzusammenhangs etwas vermindern.

Erfreulich stimmt die wirtschaftliche Entwicklung in den neuen osteuropäischen Mitgliedsländern der EU. In diesem Jahr wird sich die reale Wirtschaftsleistung etwa um 5 Prozent erhöhen, im nächsten Jahr wird diese aufgrund der schwächeren Weltkonjunktur knapp unter die 5-Prozent-Marke fallen. Positiv ist, dass die hohen Wachstumsraten in Osteuropa auch in deren Nachbarländern wie Deutschland für einen konjunkturellen Stimulus sorgen. Denn aufgrund der hohen Bedeutung Deutschlands als Handelspartner für diese Länder steigt auch die Nachfrage nach deutschen Exportgütern. Dies beflügelt die deutschen Exporte in diese Länder. Im Vereinigten Königreich ist die wirtschaftliche Entwicklung relativ stabil. In diesem und im nächsten Jahr wird ein Anstieg des realen BIP um etwa 2,5 Prozent erwartet. Der Wohnungsmarkt könnte vor dem Hintergrund steigender Zinsen für einen Rückgang der BIP-Wachstumsrate sorgen, da die steigende Last für den Schuldendienst den Privaten Konsum belasten kann.

Stabiles Finanzmarktumfeld

Bis zum Mai dieses Jahres war an den Finanzmärkten – global wie national – die Stimmung sehr optimistisch. Weltweit stiegen die Aktienindizes. Mit dieser Entwicklung war eine optimistische Einschätzung der Risikosituation und der weltwirtschaftlichen Lage verbunden. Im Mai änderte sich die Stimmung an den Finanzmärkten. Es kam zu einer prägnanten Korrektur, die auch am deutschen Aktienmarkt sehr kräftig war. Anfang Mai lag der Deutsche Aktienindex (DAX) bei gut 6.100 Punkten, was gegenüber dem Jahresanfang immerhin einer Steigerung um knapp 11 Prozent entspricht. Bis Mitte Juni verlor der DAX 800 Punkte oder gut 13 Prozent. Dass sich die Risikoeinschätzung änderte, kann man sehr eindrucksvoll an dem von der Deutschen Börse ermittelten VDAX-NEW-Volatilitätsindex ablesen. Dieser Index wird auf Basis von Optionspreisen berechnet und gibt die in diesen Preisen enthaltene erwartete Risikoeinschätzung wieder (Abbildung 1). Bis Anfang Mai bewegte sich dieser „Angstindikator“ in der Umgebung von 15 Prozent und stieg binnen 14 Tagen auf 25 Prozent. Mittlerweile hat sich der Aktienindex erholt, und die Risikoeinschätzung ist wieder günstiger. Der DAX notiert deutlich über dem Jahresanfangsniveau, und der Volatilitätsindex ist unter 20 Prozent gerutscht und lag zeitweilig in der Nähe von 16 Prozent, also kaum höher als zu Beginn dieses Jahres. Auch an den Anleihemärkten gab es eine fast synchrone Entwicklung. Während zu Beginn des Jahres die langfristigen Zinsen stiegen, sanken sie am aktuellen Rand (EZB, 2006, 33). Da die kurzfristigen Zinsen steigen – die Zentralbanken straffen ihre Geldpolitik – wird die Zinsstrukturkurve flacher. Der Abstand zwischen lang- und kurzfristigen Zinsen beträgt derzeit im Euroraum nur noch 30 Basispunkte, Anfang dieses Jahres waren es noch über 130 Basispunkte.

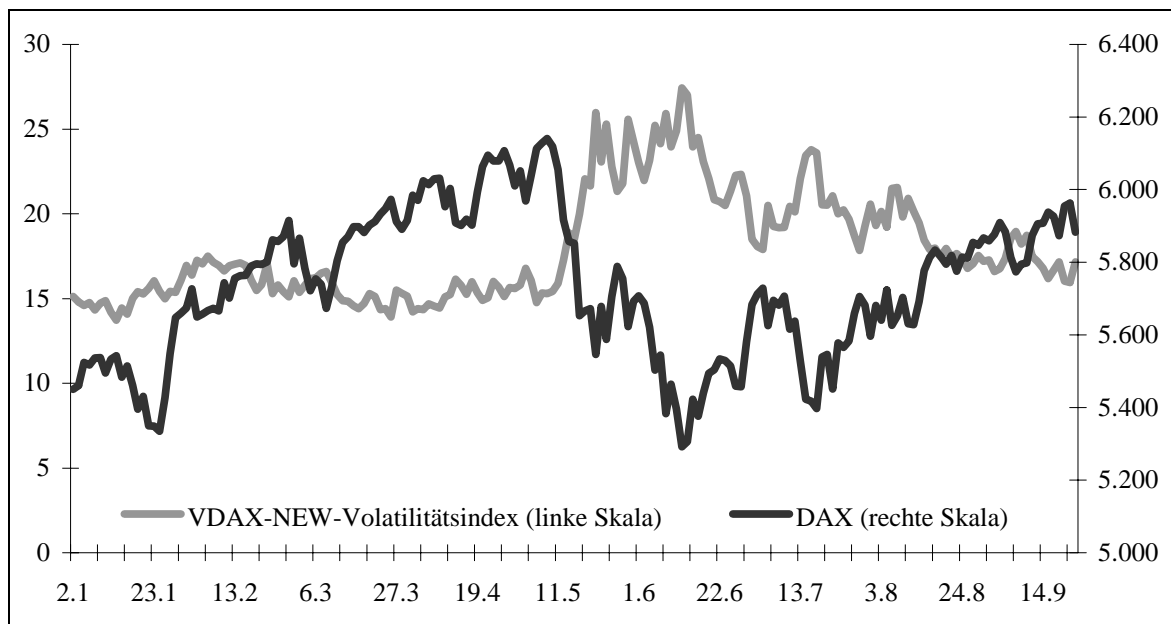
Mehrere Risikofaktoren haben die Finanzmärkte in der Mitte des Jahres 2006 beunruhigt: besonders die konjunkturelle Lage in den USA, die Richtung der Geldpolitik der US-amerikanischen Notenbank, die teilweise beunruhigend hohen US-Inflationsraten, die Nachhaltigkeit der bisher sehr guten Aussichten für die Unternehmensgewinne, das Downrating von Unternehmensanleihen in den USA, die Ölpreisentwicklung, makroökonomische Ungleichgewichte, die Gefahr eines erhöhten Protektionismus und die geopolitische Lage – vor allem im Iran. In Anbetracht solch massiver Risiken kann eine höhere Nervosität nicht überraschen. Die relative Gelassenheit, mit der die Finanzmärkte diese Verstimmung überstanden haben, deutet darauf hin, dass von den Finanzmärkten keine Störungen auf die Konjunktur ausgehen werden. Zwar weist der Internationale Währungsfonds (IWF, 2006a, 1) zu Recht darauf hin, dass die „schöne neue Welt“ der modernen Kapitalmärkte bisher keinen wirklichen Stresstest aushalten musste. Da man aber weiterhin von einer günstigen weltwirtschaftlichen Entwicklung ausgehen kann, gibt es im Basisszenario auch

keinen solchen Stresstest. Vielmehr werden weiterhin niedrige Realzinsen und ein relativ günstiges Umfeld für die Unternehmensfinanzen prognostiziert. Das bedeutet für die Unternehmen im Euro-Bereich weiterhin relativ niedrige langfristige Realzinsen. Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIS, 2006, 1) schätzt die realen Zinsen zurzeit auf rund 1,6 Prozent. Diese optimistische Einschätzung wird allenfalls von einer gelegentlich vermuteten Fehlbewertung der Unternehmensanleihen belastet. Da die Korrekturen der Ratings in den USA zur Jahresmitte 2006 ohne eine nachhaltige Krise verarbeitet wurden, wird angenommen, dass weitere Korrekturen die positive Gesamtlage an den Finanzmärkten nicht gefährden.

Abbildung 1

Erfolgreiche Finanzmarktkorrekturen

DAX 1987 = 100 und Schwankungsbreite in Prozent des DAX



Quellen: Onvista; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

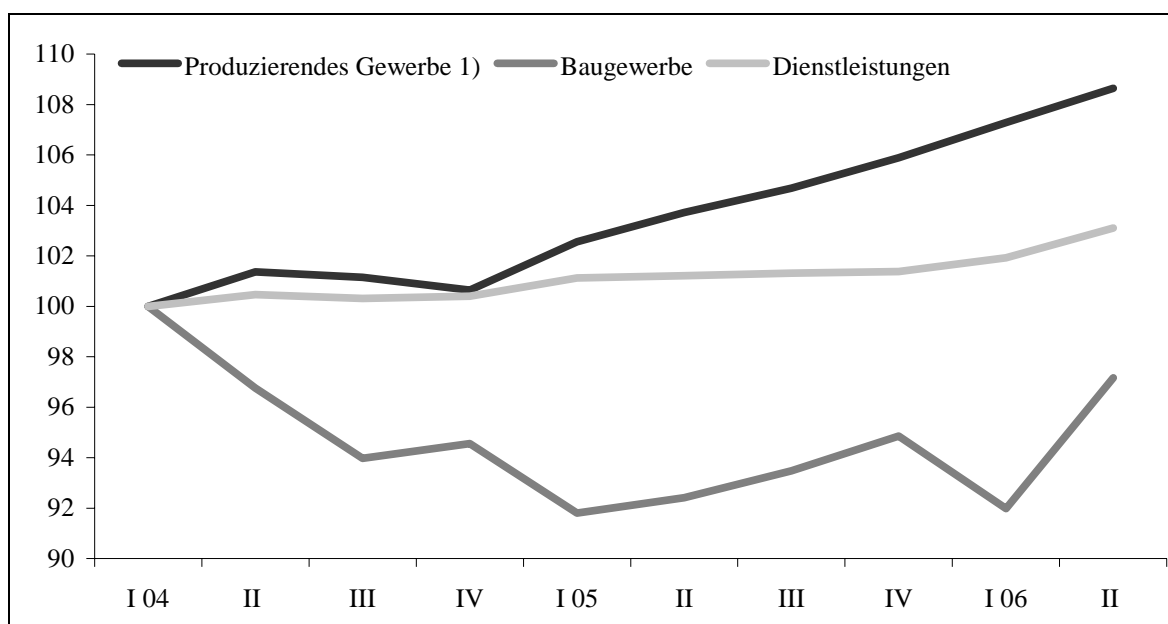
Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW Köln) prognostiziert dieses relativ günstige Finanzierungsumfeld, obwohl eine Reihe von Zentralbanken ihre Geldpolitik straffen werden. Für die Unternehmensfinanzierung sind eher die langfristigen Zinsen relevant. Erst wenn sich der Anstieg der kurzfristigen Zinsen auch auf die langfristigen Zinsen auswirkt, ist eine stärkere Bremswirkung zu befürchten. Auch die Europäische Zentralbank (EZB) wird ihre Geldpolitik weiterhin straffen. Der Zentralbank dürfte es – nicht zuletzt wegen der inflationsdämpfenden Wirkungen, die von der Globalisierung ausgehen – gelingen, die Inflation zu begrenzen (Dekabank, 2006, 2 ff.; Borio, 2006, 6). Die Inflationsrate in der

Eurozone ist mit 2,3 Prozent im August 2006 zwar wieder näher an die 2-Prozent-Marke gerückt. Aber die schnelle Geldmengenentwicklung veranlasst die EZB zu erhöhter Aufmerksamkeit. Trotz dieser Straffung der Geldpolitik wird nicht von einer deutlichen Bremswirkung durch die Geldpolitik ausgegangen. Dafür lassen sich mehrere Gründe nennen: Die langfristigen Inflationserwartungen sind moderat, so dass die EZB nicht genötigt ist, „fest“ auf die Bremse zu treten. Die Unsicherheit über die Zinsentwicklung in der Eurozone ist gering. Darauf deuten die niedrigen impliziten Volatilitäten an den Anleihemärkten hin (EZB, 2006, 29).

Abbildung 2

Industrie treibt Aufschwung in Deutschland an

Preis- und saisonbereinigte Bruttowertschöpfung; Index 1. Quartal 2004 = 100



1) Produzierendes Gewerbe ohne Bau.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Aufschwung in Deutschland auf breiter Front

Die wirtschaftlichen Erholungsphasen wurden in Deutschland in den letzten Dekaden traditionell von der Industrie getragen. Dies ist auch zurzeit der Fall (Abbildung 2). Seit Anfang des Jahres 2005 ist ein kontinuierlicher Anstieg der realen Bruttowertschöpfung des Produzierenden Gewerbes (ohne Bauwirtschaft) zu beobachten, wobei das Verarbeitende Gewerbe die Akzente setzt. Dagegen verlief die Entwicklung in den Dienstleistungsbereichen, auf die insgesamt rund 70 Prozent der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung entfallen, schwach. Im deutschen Baugewerbe scheint sich nach einer Krisendekade erstmals eine dauerhaft angelegte Erholung zu zeigen. Der Rückgang der Bauproduktion konnte dabei

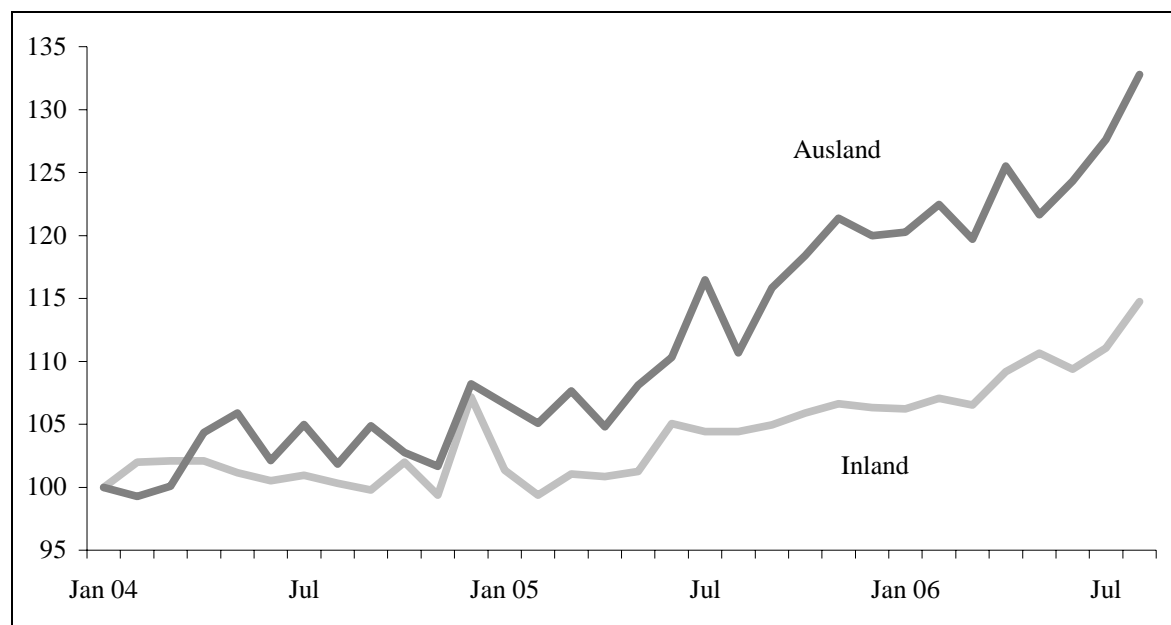
schon im vergangenen Jahr gestoppt werden, zumindest zeigt sich beim Blick auf die preis- und saisonbereinigten Werte eine Seitwärtsbewegung im Jahr 2005. Nach einem witterungsbedingten Einbruch im ersten Quartal 2006 hat sich seit dem Frühjahr 2006 ein kräftiger Produktionsanstieg eingestellt.

Bei der gesamtwirtschaftlichen Produktion in Deutschland zeigt sich nunmehr ein Wachstum auf breiter Front. Insgesamt wird aber weiterhin die industrielle Entwicklung das konjunkturelle Tempo bestimmen. Denn die Industrie ist das Scharnier zwischen der boomenden Weltwirtschaft und der Endogenisierung der Wachstumskräfte im Inland. Die gute Lage und die weiterhin günstigen Perspektiven für die globalen Wirtschaftsaktivitäten werden auch im weiteren Prognosezeitraum die deutschen Industriegeschäfte prägen und damit die Investitionstätigkeit im Inland, die Beschäftigungsentwicklung in der Industrie direkt und darüber hinaus die in den industrienahen Wirtschaftsbereichen.

Abbildung 3

Auftragseingänge der deutschen Industrie

Preis- und saisonbereinigte Order aus dem In- und Ausland; Index Januar 2004 = 100



Quellen: Deutsche Bundesbank; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Außenhandel bleibt weiterhin auf Rekordkurs

Deutschland ist derzeit beim Warenhandel Weltmeister. Mit seinem Produktportfolio scheinen die deutschen Firmen gut aufgestellt zu sein, um das globale Wachstum auszunutzen. Dies belegen eindrucksvoll die Außenhandelsdaten für das erste Halbjahr 2006:

Die realen Exporte Deutschlands stiegen nach den Rekordzuwächsen in den letzten Jahren nochmals um 12 Prozent an. Die Auftragseingänge der Industrie aus dem Ausland signalisieren zudem ein weiterhin gutes Auslandsgeschäft. Im Zeitraum Januar bis August 2006 lagen die preisbereinigten Auslandsorder um gut 14 Prozent über dem entsprechenden Vorjahresvolumen, und es war insgesamt bis zum Sommer 2006 keine Verlangsamung zu beobachten (Abbildung 3).

Für das Jahr 2006 wird deshalb ein Zuwachs bei den realen Ausfuhren um 9 Prozent erwartet. In nominaler Rechnung werden die Waren- und Dienstleistungsexporte erstmals höher als 1 Billion Euro sein. Im Jahr 2007 wird die deutsche Exportwirtschaft auf Rekordkurs bleiben. Die realen Ausfuhren werden um weitere knapp 7 Prozent expandieren. Auch die Importe legen weiter zu – nach einem Plus von fast 9 Prozent im Jahr 2006 werden sie im nächsten Jahr um 6½ Prozent expandieren. Die auch im kommenden Jahr wachsende Industrieproduktion begünstigt die grenzüberschreitenden Vorleistungsimporte. Der Außenhandel wird somit auch in den Jahren 2006 und 2007 das gesamtwirtschaftliche Wachstum in Deutschland antreiben. Der Wachstumsbeitrag des Außenhandels beläuft sich jeweils auf rund einen halben Prozentpunkt. Folgende Entwicklungen liegen der Außenhandelsprognose zugrunde:

1. Die Weltwirtschaft bleibt auf Expansionskurs. Die globale Produktion wird im Jahr 2007 mit knapp 5 Prozent zulegen. Der weltweite Gütertausch wird herkömmlicherweise eine höhere Schlagzahl aufweisen, und der Welthandel wird in realer Rechnung im Jahr 2007 um 7,5 Prozent zulegen. Die deutschen Unternehmen sind mit ihren Produkten in der Lage, diese Wachstumschancen fast adäquat zu nutzen.
2. Die Lohnstückkosten dürften unter der Voraussetzung moderater Lohnabschlüsse in der Industrie auch im kommenden Jahr rückläufig sein und damit von der Kostenseite her die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen begünstigen. Vor allem in den letzten Jahren konnte Deutschland seine Kostenwettbewerbsfähigkeit gegenüber den anderen Ländern des Euroraums erhöhen (Schröder, 2006). In diesem Zusammenhang darf allerdings nicht übersehen werden, dass die industriellen Arbeitskosten und auch die Lohnstückkosten in Deutschland nach wie vor über denen im Durchschnitt der Industrieländer liegen.
3. Die für das Jahr 2007 vorgesehene Senkung der Sozialbeiträge dürfte über niedrigere Kosten die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen und somit den deutschen Export begünstigen. Die Gegenfinanzierung in Form einer höheren Mehrwertsteuer hat hingegen keine direkten Auswirkungen auf die Exportgeschäfte. Andererseits werden Importgüter von der höheren Mehrwertsteuer gleichermaßen wie Inlandsgüter

tangiert. Der für das Wirtschaftswachstum relevante Außenbeitrag (Exporte abzüglich Importe) dürfte davon insgesamt positiv beeinflusst werden.

4. Der seit Anfang dieses Jahres wieder erstarkte Euro kann sich leicht dämpfend auf das Exportgeschäft und die Gewinnperspektiven aus dem Auslandsgeschäft auswirken. Gleichwohl gilt zu bedenken, dass für den Zeitraum Januar bis September 2006 der Preis je Euro in US-Dollar noch unter dem entsprechenden Vorjahreswert lag. Für das Gesamtjahr 2006 dürfte sich keine Aufwertung des Euro gegenüber dem Vorjahr einstellen. Bis zum Ende des Prognosezeitraums wird von einem Wechselkurs in Höhe des gegenwärtigen Schwankungsintervalls von 1,25 bis 1,30 US-Dollar je Euro ausgegangen.

Investitionserholung hält an

Die im letzten Jahr erwartete und von den halbjährlichen Unternehmensbefragungen des IW Köln bekräftigte Erholung bei den Ausrüstungsinvestitionen ist eingetreten. Im ersten Halbjahr 2006 sind die realen Ausrüstungsinvestitionen um 6,4 Prozent gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum angestiegen. Die Investitionen in Sonstige Anlagen, zu denen besonders Computer-Software gehört, sind gleichzeitig um 4,3 Prozent gewachsen. Damit schlägt sich das dynamische Auslandsgeschäft in den Investitionen nieder. Im weiteren Prognosezeitraum wird von einem anhaltenden Anstieg bei der Investitionstätigkeit der Unternehmen ausgegangen. Dafür gibt es folgende Gründe:

1. Die weiterhin guten Absatzbedingungen im Ausland stärken auch fortan die Investitionsanreize deutscher Unternehmen.
2. Bei den Investitionen hat sich die Dominanz des Erweiterungsmotivs gefestigt (Weichselberger, 2006). Rationalisierungen spielen nur noch eine nachrangige Rolle. Vielmehr induziert die vergleichsweise hohe Kapazitätsauslastung in den Unternehmen eine Ausweitung ihrer Produktionsmöglichkeiten. Die auf Rekordtief angelangten Nettoinvestitionen in Deutschland signalisieren ebenfalls einen anhaltend hohen Modernisierungsbedarf. Die Auftragseingänge bei den deutschen Investitionsgüterherstellern von inländischen Kunden bestätigen eine Fortsetzung des Investitionszyklus. Diese lagen in realer Rechnung in den ersten acht Monaten dieses Jahres um gut 7 Prozent über dem Vorjahreswert.
3. Geplante und bereits beschlossene Veränderungen der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen beeinflussen die Investitionstätigkeit in Deutschland. Die Verschlechterung der Abschreibungsbedingungen für bewegliche Investitionsgüter zum 1. Januar 2008 wird zu Vorzieheffekten bei den Investitionen in den Jahren 2006 und 2007 führen. Die Regierung wird die Steuerbelastung der Unternehmen im Rahmen der für das Jahr 2008 geplanten Unternehmenssteuerreform – etwa durch eine Senkung der Körperschaftsteuer – vermindern. Andererseits sollen Zinsen sowie die Finanzierungsanteile der Pachten und Lea-

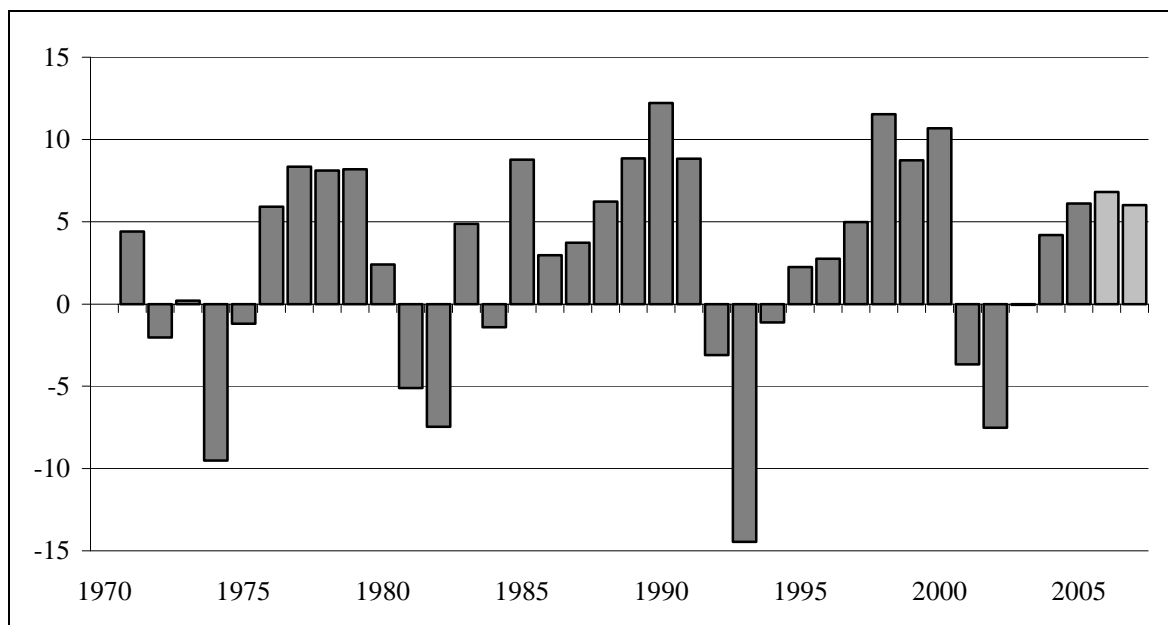
singraten künftig der Gewerbe- und der Körperschaftsteuer unterworfen werden, was wiederum eher dämpfend wirkt.

4. Die Finanzierungsbedingungen für Unternehmensinvestitionen in Deutschland bleiben im Prognosezeitraum nach wie vor günstig. Das Zinsniveau wird auch im kommenden Jahr kein Problem bei der Finanzierung von Investitionen darstellen. Außerdem haben sich die Investitionsmöglichkeiten für Unternehmen auch deshalb verbessert, weil die Unternehmen insgesamt gesehen ihre Eigenkapitalausstattung – vorwiegend durch eine Gewinnthesaurierung – verbessern konnten. Die Gewinnerholung – vor allem bei den Unternehmen, die am boomenden Auslandsgeschäft partizipieren – stellt eine wichtige Stellschraube für die Endogenisierung des Investitionszyklus dar. Auch die Börsenentwicklung hat die Eigenfinanzierungsmöglichkeiten der Firmen erhöht. Die Aktienmarktentwicklung war bisher trotz Schwankungen robust. Mit einem Durchschnitt von rund 5.800 Punkten lag der DAX im Zeitraum Januar bis September 2006 um rund 1.300 Punkte über dem entsprechenden Vorjahreswert. Die Kreditvergabe an Unternehmen ist im Verlauf dieses Jahres ebenfalls wieder angestiegen (Deutsche Bundesbank, 2006a; KfW, 2006).

Abbildung 4

Investitionswachstum in Deutschland

Veränderung der realen Ausrüstungsinvestitionen gegenüber Vorjahr in Prozent



Bis 1991 Westdeutschland, ab 1992 Deutschland. Für 2006 und 2007: IW-Prognose.
Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Vor diesem Hintergrund werden die realen Ausrüstungsinvestitionen im Jahr 2006 mit fast 7 Prozent expandieren. Im Jahr 2007 werden die realen Ausrüstungsinvestitionen um weitere 6 Prozent zulegen. Der Investitionszyklus bricht also im Prognosezeitraum nicht ab.

Die deutsche Wirtschaft hat dank des anhaltend guten Auslandsgeschäfts mittlerweile genug Eigenkraft entwickelt. Dabei sind jedoch drei Relativierungen notwendig:

1. Die Investitionserholung ist beim Blick auf die jährlichen Wachstumsraten der realen Ausrüstungsinvestitionen schwächer als in vorhergehenden Aufschwungsphasen. Auf Basis der nunmehr bis 1970 revidierten VGR-Daten wurden in früheren Konjunkturaufschwüngen jahresdurchschnittliche Zuwächse in Höhe von rund 7½ Prozent (späte siebziger, späte achtziger und frühe neunziger Jahre) und 9 Prozent (späte neunziger Jahre) realisiert (Abbildung 4). In Deutschland ist eine überfällige Erholung zu beobachten, aber kein Investitionsboom.

2. Die in den Jahren 2001 bis 2003 dominierende Investitionsschwäche in Deutschland war beim Blick auf die Investitionsquote bis einschließlich der Entwicklung im ersten Halbjahr 2006 noch nicht überwunden. Die Bruttoinvestitionsquote (Anteil der nominalen Bruttoanlageinvestitionen am nominalen BIP) erreichte im ersten Halbjahr 2006 mit 16,8 Prozent einen historischen Tiefstand. Das Gleiche gilt für die Nettoinvestitionsquote. Dabei werden von den Bruttoinvestitionen die Abschreibungen abgezogen. Die Nettoinvestitionsquote belief sich im Jahr 2005 auf 2,3 Prozent und im ersten Halbjahr 2006 auf nur noch 2,1 Prozent. In der zweiten Hälfte der neunziger Jahre waren es in Deutschland noch knapp 7 Prozent. Damit nähert sich das Investitionsvolumen in Deutschland weiter dem Abschreibungsbedarf auf Basis der VGR-Berechnungen an. Die Investitionen entfalten geringere Kapitalstockeffekte, was unter mittel- bis langfristigen Wachstumsgesichtspunkten als sehr bedenklich zu bewerten ist. Hinzu kommt, dass auch in kurzer Frist ein kaum noch wachsendes Produktionspotenzial die Aufschwungsperspektiven über schnell erreichte Kapazitätsgrenzen deckelt.

3. Die Erholung der Investitionen ist vor dem Hintergrund der Entwicklung in Deutschland in den Jahren 2001 bis 2003 erfreulich. Im internationalen Vergleich sind die Zuwächse immer noch unterdurchschnittlich. Es wird auch deutlich, dass sich die Investitionsbedingungen hierzulande zwar zaghafte verbessern. Die Belastung der Unternehmen mit Steuern, Kosten und Bürokratie ist im internationalen Vergleich aber anhaltend hoch.

Bauwirtschaft auf Erholungskurs

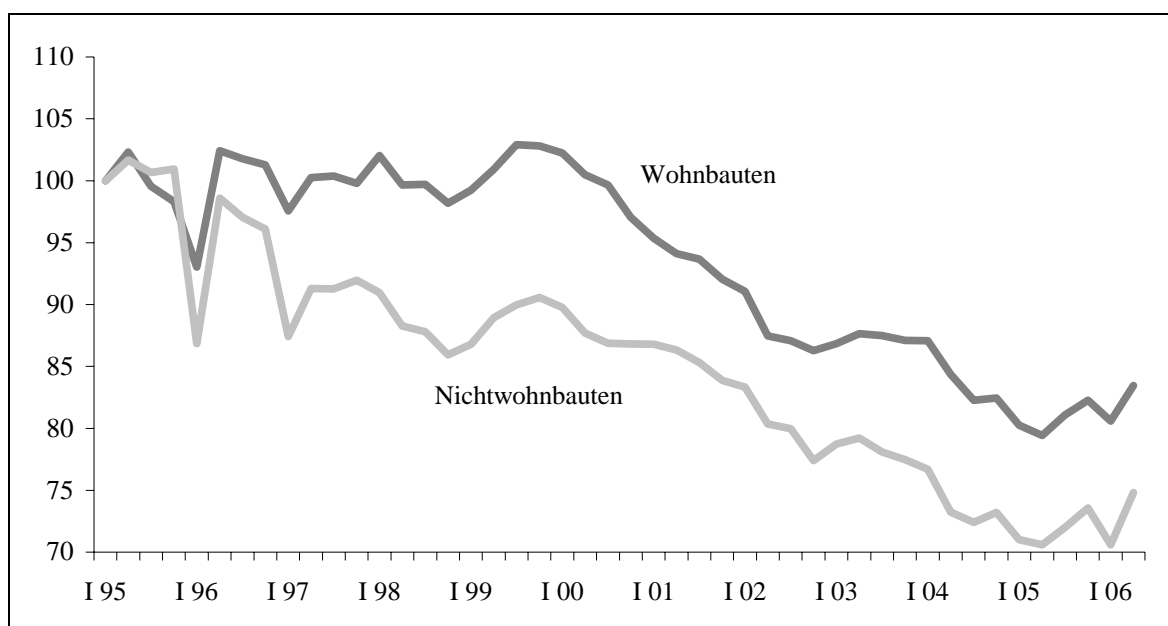
Die drastischen Anpassungsprozesse in der deutschen Bauwirtschaft in den vergangenen zehn Jahren sind wohl vorbei (Abbildung 5). Trotz des schwachen ersten Quartals haben die realen Bauinvestitionen im ersten Halbjahr 2006 ihren entsprechenden Vorjahreswert um gut 1 Prozent übertroffen. Bereits seit gut eineinhalb Jahren ist sowohl bei den Investitionen in Wohnbauten als auch in den Bereichen öffentlicher Nichtwohnungsbau und Wirtschaftsbauten eine Seitwärtsbewegung zu beobachten. Zu erklären ist die Trendwende mit der Auflösung der Faktoren, die die Bautätigkeit in Deutschland erheblich belastet haben:

1. Der Normalisierungsprozess, der nach dem vereinigungs- und zuwanderungsbedingten Bauboom in den frühen neunziger Jahren die zweite Hälfte der neunziger Jahre dominierte, scheint beendet.
2. Die auf breiter Ebene zu beobachtende Investitionskrise in Deutschland ist ebenfalls zu Ende. Nach dem Platzen der New-Economy-Blase in den Jahren 2000 und 2001 kam es zu einem Investitionseinbruch, der bis in das Jahr 2004 anhielt.
3. Die konjunkturelle Erholung hat auch die Situation der Staatsfinanzen in Deutschland verbessert. Damit ist bei den öffentlichen Investoren der Druck nicht mehr so ausgeprägt, die wachsenden Staatsausgaben über Einsparungen bei den öffentlichen Baumaßnahmen in den Griff zu bekommen.

Abbildung 5

Bauinvestitionen in Deutschland

Preis- und saisonbereinigte Werte; Index 1. Quartal 1995 = 100



Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Die realen Bauinvestitionen werden in Deutschland im Jahr 2006 um 2 Prozent expandieren und im Jahr 2007 um 1,5 Prozent. Im Prognosezeitraum sind dabei folgende Entwicklungen in den einzelnen Bausparten zu erwarten:

1. Der Wohnungsbau in Deutschland profitiert derzeit von zwei Sondereffekten: Zum Ersten gibt es im Jahr 2006 noch Nachwirkungen der zum Januar 2006 abgeschafften Eigenheimzulage. Eine Reihe von Aufträgen, die noch von der alten Gesetzeslage profitieren, werden in diesem Jahr abgearbeitet. Zum Zweiten führt die für Januar 2007 beschlossene Erhöhung der Mehrwertsteuer zu vorgezogenen Baumaßnahmen im Jahr 2006. Gleichwohl

wird mit der einsetzenden Erholung am Arbeitsmarkt die Bautätigkeit im Wohnungsbereich nicht abreißen, eine nennenswerte Dynamik ist im Jahr 2007 aber nicht zu erwarten.

2. Der Wirtschaftsbau wird von der insgesamt ansteigenden Investitionstätigkeit begünstigt. Vor allem dort, wo es zu Erweiterungsinvestitionen kommt, fallen auch zusätzliche Bauaufträge an. Die Fortsetzung des Investitionszyklus im kommenden Jahr stimmt somit auch im Wirtschaftsbau zuversichtlich.

3. Auch beim öffentlichen Bau zeichnen sich in diesem wie auch im nächsten Jahr positive Impulse ab. Dies geht mit einer besseren Finanzlage der Kommunen einher, die den über Jahre aufgestauten Modernisierungsbedarf zu realisieren hilft.

Politischer Konsumzyklus in Deutschland

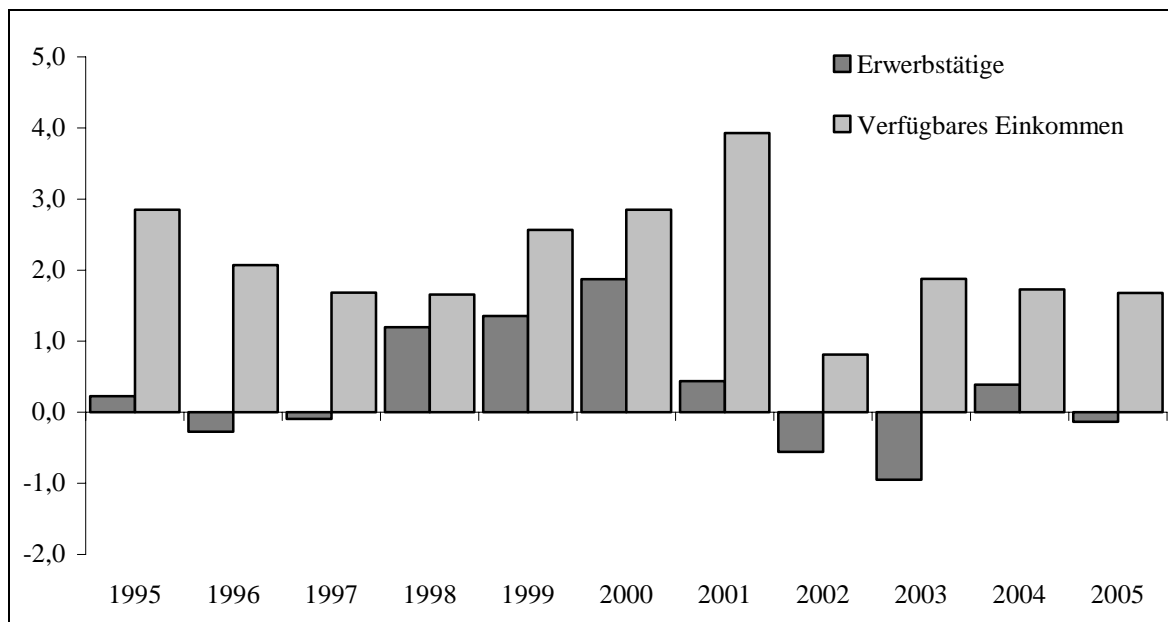
Die Konsumausgaben der privaten Haushalte sind preisbereinigt im ersten Halbjahr 2006 um 0,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr angestiegen. Für die zweite Jahreshälfte wird von einer weiteren Konsumbeschleunigung ausgegangen. Damit dürften die realen Konsumausgaben der privaten Haushalte im Jahr 2006 das Vorjahresvolumen um fast 1 Prozent übertreffen. Das ist der höchste Zuwachs seit dem Jahr 2001. Das Konsumwachstum ist in Deutschland aber weiterhin schwach – zumal wenn in Rechnung gestellt wird, dass die Konsumbelebung in diesem Jahr von den Vorzieheffekten aufgrund der Mehrwertsteuererhöhung zum 1. Januar 2007 begünstigt wird. Ohne diesen Sondereffekt fiel der Zuwachs um knapp einen Viertelprozentpunkt niedriger aus. Die Wirtschaftspolitik sorgt also in diesem Jahr durch die steuerbedingten Vorzieheffekte und im nächsten Jahr durch die steuerbedingten Bremseffekte für Konsumschwankungen.

Die ungeachtet dieser Sondereffekte vorherrschende Konsumschwäche in Deutschland muss vor dem Hintergrund der bisher schlechten Arbeitsmarktentwicklung gesehen werden, die wiederum maßgeblich über die gesamtwirtschaftliche Einkommensentwicklung bestimmt (Abbildung 6): Beschäftigungsrückgänge haben einerseits die Zuwächse bei den verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte meistens vermindert. Andererseits schlagen sich Erholungen am Arbeitsmarkt zeitverzögert in Einkommenszuwächsen nieder. Vor dem Hintergrund der Entwicklung der Erwerbstätigkeit seit dem Jahr 2001 verwundert es daher nicht, dass die nominalen verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte in Deutschland im Durchschnitt der letzten Jahre nur um rund 1½ Prozent gewachsen sind. Damit war natürlich auch die Konsumdynamik stark begrenzt.

Abbildung 6

Beschäftigung und Einkommen in Deutschland

Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent



1) Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Im kommenden Jahr wird der preisbereinigte Konsum der privaten Haushalte in Deutschland nur noch um 0,3 Prozent expandieren. Es wird Folgendes unterstellt:

1. Es wird von beschäftigungsorientierten Tarifabschlüssen ausgegangen, die zu einer Verstärkung der Arbeitsmarkterholung und damit zu einem Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Einkommensentwicklung beitragen. Die Nettoarbeitseinkommen der Arbeitnehmer werden auch wegen der insgesamt niedrigeren Sozialbeiträge zulegen.
2. Die Gewinn- und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte profitieren von den leicht ansteigenden Zinsen. Außerdem führen steigende Vermögensbestände sowie die Gewinn- und Dividendeneinnahmen infolge der Gewinnerholung bei den Unternehmen zu höheren Vermögenseinkommen der privaten Haushalte.
3. Die Auswirkungen der Erhöhung des Regelsatzes der Mehrwertsteuer von 16 auf 19 Prozent auf die Konsumententwicklung sind schwer kalkulierbar. Es wird von einem fiskalpolitisch bedingten Bremseffekt im ersten Quartal 2007 ausgegangen – darunter wird nicht nur auf direktem Weg der Konsum, sondern auch die gesamtwirtschaftliche Produktion leiden. Im weiteren Jahresverlauf setzt sich aber eine leichte Konsumerholung fort.
4. Die Sparquote der privaten Haushalte wird im Jahr 2006 wegen der Vorzieheffekte aufgrund der Mehrwertsteuererhöhung auf 10,4 Prozent leicht zurückgehen. Im kommenden Jahr wird sie wegen der günstigeren Arbeitsmarktentwicklung wieder leicht ansteigen.

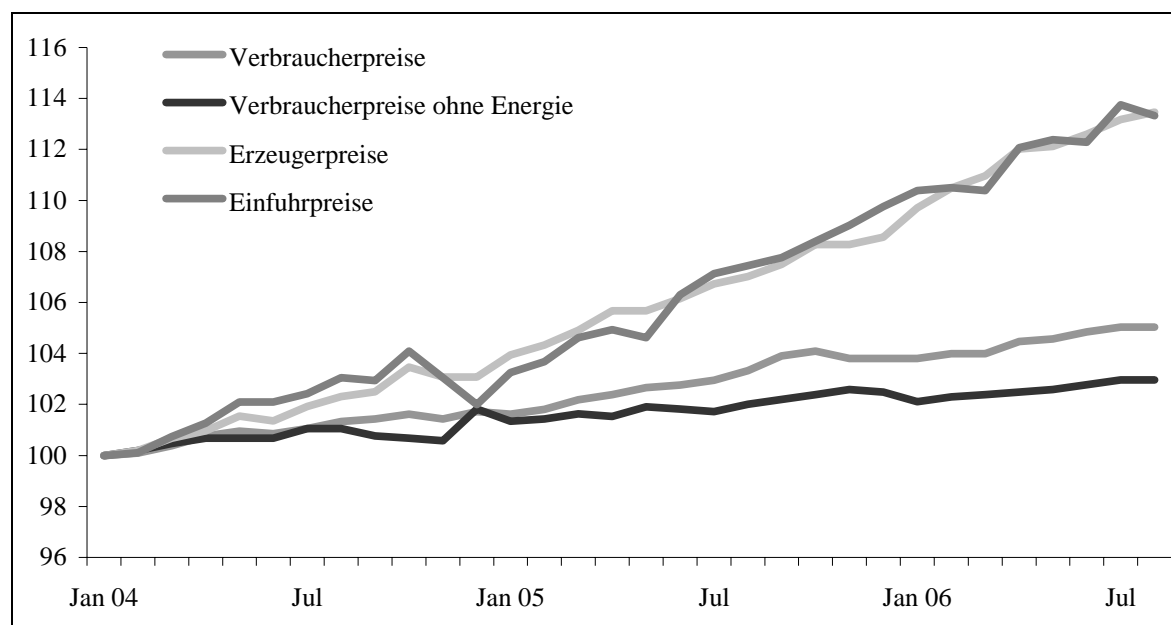
5. Die hohen Energiepreise bedeuten für die privaten Haushalte einen direkten Kaufkraftentzug, der sich in einigen Konsumbereichen negativ niederschlägt. Bei den Rohölpreisen wird im kommenden Jahr im Vergleich zu diesem Jahr von keiner Verschärfung ausgegangen. Deshalb entfaltet sich kein zusätzlicher Kaufkraftverlust. Die Unsicherheit über die weitere Entwicklung an den Ölmärkten stellt freilich insgesamt ein Prognoserisiko dar.

Die Inflationsrate wird im Jahr 2006 bei 1,8 Prozent liegen. Im Jahr 2007 wird die Teuerung schließlich wegen der Mehrwertsteuererhöhung anziehen, und die Verbraucherpreise dürften um 2,2 Prozent über dem Vorjahreswert liegen. Die Preisentwicklung in Deutschland bleibt moderat. Dies gilt vor allem dann, wenn die Verbraucherpreise ohne den direkten Einfluss der Energiepreise betrachtet werden (Abbildung 7). Eine so definierte Kerninflationrate bewegte sich in Deutschland im Durchschnitt der Monate Januar bis August 2006 gerade einmal bei 0,9 Prozent. Aber selbst vor dem Hintergrund der gleichzeitig gegenüber dem Vorjahr um über 12 Prozent angestiegenen Energiepreise belief sich die gesamte Inflationsrate in Deutschland bisher auf nur knapp 2 Prozent.

Abbildung 7

Preisentwicklung in Deutschland

Saisonbereinigte Werte; Index 1. Quartal 2004 = 100



Quellen: Deutsche Bundesbank; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Die überaus starke Teuerung bei den Einfuhrpreisen und den Erzeugerpreisen (für gewerbliche Produkte) resultiert ebenfalls aus den stark gestiegenen Preisen für Energiegüter. Ansonsten bestehen auch hier keine konjunkturellen Gefahren. Die Preiserhöhungsspielräume

vor allem der Industrieunternehmen bleiben aufgrund der Globalisierung niedrig (IWF, 2006b). Zum einen schlägt sich die intensivere internationale Arbeitsteilung in einem hohen Preiswettbewerb auf der Ebene der Fertigprodukte nieder und begrenzt die Preiserhöhungsspielräume trotz höherer Produktionskosten der Unternehmen infolge höherer Energiekosten. Zum anderen sorgt die Globalisierung auch für niedrig bleibende Einfuhrpreise für Vorleistungen aus dem Ausland, was wiederum in den Unternehmen die Kostendynamik und auch die Erfordernis für Preiserhöhungen dämpft.

Fiskalpolitische Wachstumsdelle

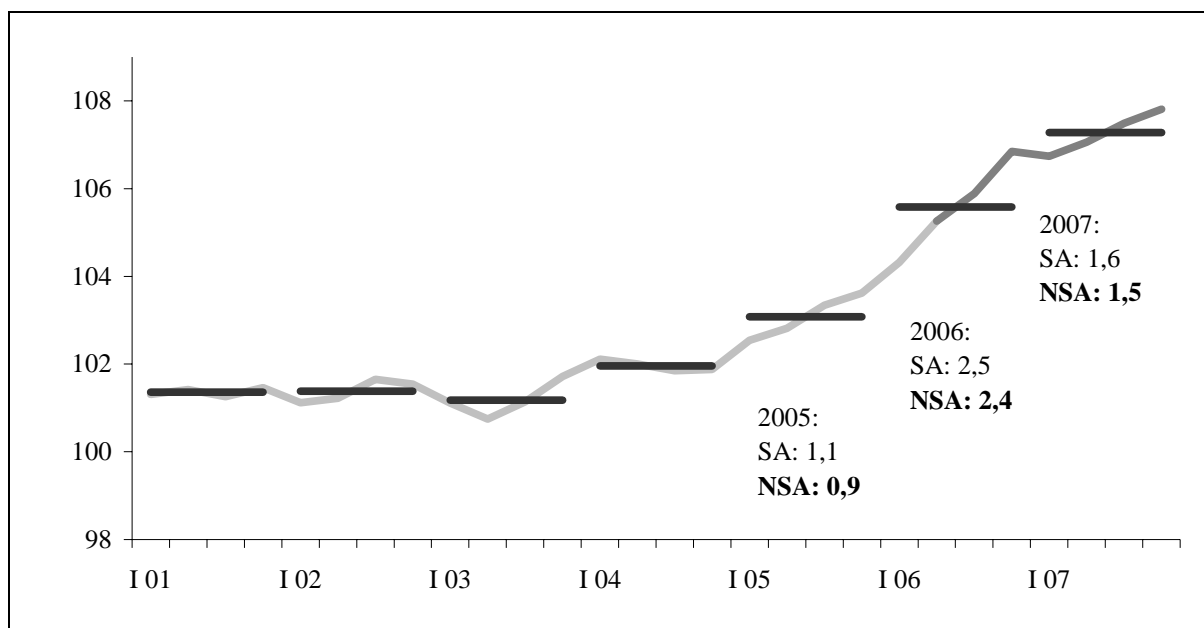
Der für deutsche Verhältnisse starke Konjunkturaufschwung bekommt im ersten Quartal 2007 einen fiskalpolitischen Dämpfer (Abbildung 8). Es wird aber davon ausgegangen, dass der im Jahr 2004 einsetzende Zyklus lediglich unterbrochen und nicht abgewürgt wird. Dazu sind die exogenen und endogenen Konjunkturkräfte zu stark:

- Die Weltwirtschaft ist weiterhin auf Expansionskurs und damit ist die Auslandsflanke der deutschen Konjunktur weitgehend gesichert.
- Der Investitionszyklus bleibt intakt, und damit hält auch die leichte Arbeitsmarkterholung an.

Abbildung 8

BIP-Verlauf in Deutschland

Preis-, saison- und arbeitstäglich bereinigte Werte; Index 2000 = 100; ab III/2006 IW-Prognose



Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Deutschland zeigt somit nach Jahren der Trägheit wieder Eigendynamik, die freilich im internationalen Vergleich bescheiden ausfällt (s. Tabelle 1). Das reale BIP wird im Jahr 2006 um 2,4 Prozent und im Jahr 2007 um 1,5 Prozent wachsen. Zum Teil ist diese geringere Wachstumsrate auf die schwächere Konsumdynamik zurückzuführen, die auch auf andere Aggregate ausstrahlt. Gleichwohl ist das Wirtschaftswachstum im kommenden Jahr mehr als doppelt so hoch wie im Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre.

Die Tatsache, dass der derzeitige Aufschwung maßgeblich von der Industrie getragen wird, kommt stärker dem Wachstum in Westdeutschland zugute, da die Industrie hier ein höheres Gewicht im gesamtwirtschaftlichen Branchengefüge aufweist. Gleichzeitig ist die Erholung im westdeutschen Baugewerbe stärker ausgeprägt als in Ostdeutschland. Damit wächst in den Jahren 2006 und 2007 die westdeutsche Wirtschaft stärker als die ostdeutsche. Der realwirtschaftliche Konvergenzprozess zwischen West- und Ostdeutschland kommt damit weiterhin nicht voran.

Kein Ende der strukturellen Beschäftigungsschwäche

Im Jahr 2006 hat sich die seit längerem erwartete Belebung des Arbeitsmarkts eingestellt. Saisonbereinigt hat die Erwerbstätigkeit seit dem zweiten Quartal kräftiger zugenommen. Auch die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung hat saisonbereinigt seit dem Frühjahr 2006 erstmals seit fünf Jahren wieder zugenommen. Die Arbeitslosigkeit ist saisonbereinigt bereits seit dem zweiten Quartal 2005 rückläufig und unterschreitet den nach der Einführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende im Frühjahr 2005 erreichten Gipfel inzwischen immerhin um über 1 Million. Beachtlich ist auch die Konjunktur bei den offenen Stellen, deren Niveau sich in saisonbereinigter Betrachtung gegenüber dem Tiefpunkt im dritten Quartal 2004 inzwischen auf rund 600.000 nahezu verdoppelt hat, so dass gesamtwirtschaftlich derzeit von mindestens 1,6 Millionen offenen Stellen auszugehen ist. Zwar tragen zum Anstieg der offenen Stellen zu etwa einem Drittel auch Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik (vor allem Arbeitsgelegenheiten) bei, doch ist deren Dynamik gebremst, während die ungeforderten Stellen bis zuletzt auch saisonbereinigt aufwärts gerichtet sind. Auch weitere Frühindikatoren – wie die zweistelligen Zuwachsraten bei der Zeitarbeit – deuten auf eine anhaltende konjunkturelle Belebung hin. Alles in allem ist damit sowohl hinsichtlich der Anzahl der Erwerbstätigen, der Arbeitnehmer wie auch des Arbeitsvolumens die Aufwärtsbewegung eingeleitet (Abbildung 9).

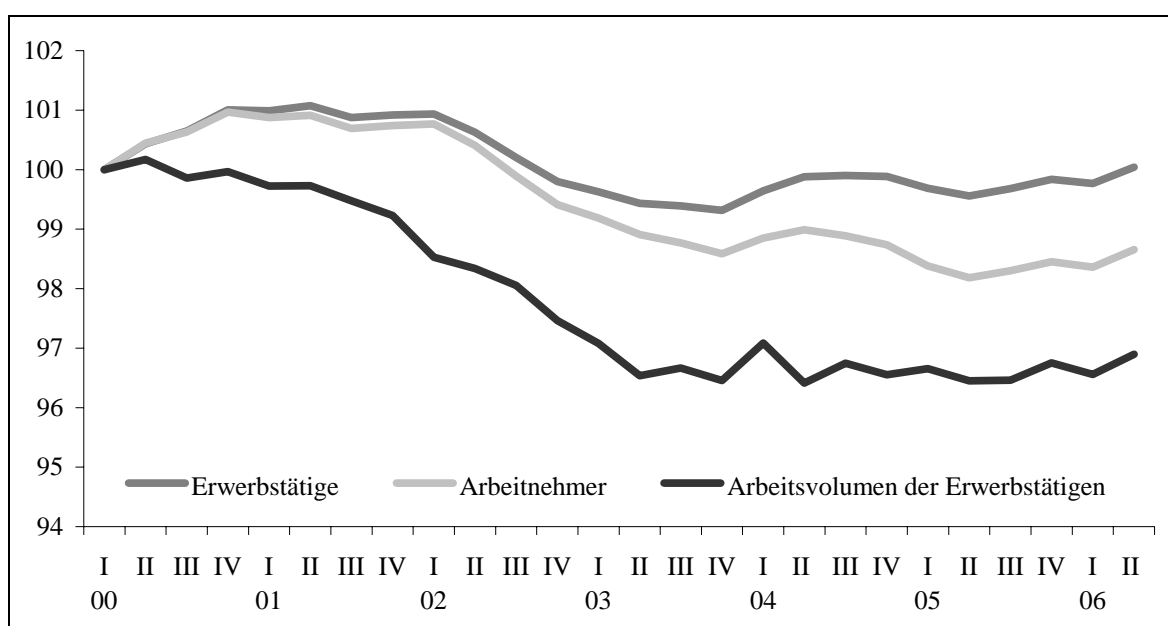
Doch die Belebung am deutschen Arbeitsmarkt bleibt hinsichtlich ihrer Beschäftigungsdynamik gemessen an internationalen Erfahrungen ein schwaches Pflänzchen. Deutschland hat – maßgeblich mitverursacht durch den Beschäftigungsabbau in Ostdeutschland – in den

vergangenen 15 Jahren faktisch keinen Beschäftigungsaufbau realisieren können. Die jahresdurchschnittliche Zuwachsrate in diesem Zeitraum beträgt weniger als 0,1 Prozent. In keinem anderen entwickelten OECD-Land ist eine derart unbefriedigende Entwicklung der aggregierten Erwerbstätigkeit zu verzeichnen. Im OECD-Durchschnitt lag die Jahresrate im gleichen Zeitraum zehnmal so hoch. Hinzu kommen erhebliche Veränderungen in der Beschäftigungsstruktur: Während die Teilzeitbeschäftigung und besonders geringfügige Beschäftigung stark expandiert sind, ist die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung seit Mitte 1991 um fast 10 Prozent zurückgegangen. Die Anzahl der in der gesamten Volkswirtschaft geleisteten Arbeitsstunden liegt im Jahr 2006 im Niveau und in der Pro-Kopf-Betrachtung um 6 bis 7 Prozent unter dem Stand von vor 15 Jahren.

Abbildung 9

Gesamtwirtschaftliche Beschäftigung in Deutschland

Entwicklung der Anzahl der Erwerbstätigen und Arbeitnehmer sowie des Arbeitsvolumens der Erwerbstätigen, saisonbereinigte Werte; Index 1. Quartal 2000 = 100



Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Diese strukturelle Beschäftigungsmisere ist zum einen Ausdruck einer lang anhaltenden Wachstumsschwäche in Deutschland. Neuere Studien, die das Potenzialwachstum in die langfristigen Beiträge von Arbeit, Kapital und Totaler Faktorproduktivität zerlegen, zeigen eine spürbare Verlangsamung des Potenzialwachstums in Deutschland seit Beginn der neunziger Jahre (Bassanetti et al., 2006, 24). Dabei fällt der Wachstumsbeitrag des Faktors Arbeit in Deutschland seit der deutschen Einheit kräftig ab und bleibt seitdem auf einem

historisch niedrigen Niveau. Komponentenzerlegungen des Wachstums zeigen ferner, dass Deutschland aus der Verbreiterung seiner Humankapitalausstattung schon in den neunziger Jahren keine Wachstumsbeiträge mehr generieren konnte (OECD, 2003, 38). Schließlich zeigen weitere Wachstumszerlegungen für Deutschland, dass sich auch die demographisch bedingte Verschlechterung der Altersstruktur – das rückläufige Verhältnis der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zur Gesamtbevölkerung – als eine Wachstumsbremse erweist (OECD, 2006, 169).

Zum anderen lastet besonders auf der sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigung weiterhin der Druck eines ausgeprägten Abgabengeils und struktureller Flexibilisierungstendenzen der Arbeitskräftenachfrage. Im Zeitraum 1991 bis 2005 hat sich der Abgabengeil, definiert als Differenz zwischen dem realen Produzentenlohn (Arbeitnehmerentgelt bereinigt mit dem BIP-Deflator) und dem realen Konsumentenlohn (Nettolöhne und -gehälter deflationiert mit dem Verbraucherpreisindex) um weitere 17 Prozent erhöht. Im gleichen Zeitraum hat sich die Scherenentwicklung zwischen der Anzahl der Vollzeitarbeitnehmer und anderen Beschäftigungsformen fortgesetzt. Dahinter steht eine Lockerung einzelner Bestimmungen zu „atypischen“ Beschäftigungsformen, vor allem zugunsten der geringfügigen Beschäftigung, aber auch bei der Arbeitnehmerüberlassung oder der verstärkten Förderung der Selbstständigkeit im Rahmen der Ich-AGs (Deutsche Bundesbank, 2005, 25). Diese Lockerung steht im Kontrast zu einer weitgehend unverändert ausgeprägten Regulierung des Normalarbeitsverhältnisses in Deutschland, die einerseits zu den beobachtbaren Ausweichreaktionen in alternative Beschäftigungsformen und andererseits zu entgangenen Beschäftigungspotenzialen führt (Enste/Hardege, 2006).

Diese strukturellen Muster überlagern die günstigen konjunkturellen Perspektiven und wirken insgesamt dämpfend auf die Arbeitsmarktdynamik. Aufgrund der Flexibilisierung der Beschäftigungsformen wird es im Durchschnitt des Jahres 2006 aber dennoch eine Zunahme der Anzahl der Erwerbstätigen um 0,7 Prozent oder rund 270.000 Personen geben können (Tabelle 2). Auch die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung dürfte in diesem Jahr voraussichtlich um 0,5 Prozent oder rund 130.000 Personen zunehmen. Das Arbeitsvolumen dürfte um 0,4 Prozent zunehmen, die Produktivität je Erwerbstätigenstunde um 1,9 Prozent. Die Anzahl der registrierten Arbeitslosen wird nennenswert um rund 385.000 Personen auf 4,47 Millionen zurückgehen. Die Arbeitslosenquote – Arbeitslose bezogen auf die Erwerbspersonen – sinkt damit spürbar von 11,1 auf 10,3 Prozent. Dazu trägt bei, dass sich in diesem Jahr die kumulierte Anzahl von Abgängen aus der Arbeitslosigkeit aus „sonstigen Gründen oder ohne Nachweis“ von 452.000 auf 870.000 Personen nahezu verdoppelt hat. Dies ist ein Hinweis auf Bereinigungseffekte nach dem vormals raschen An-

stieg des ALG-II-Bezugs. Ferner trägt zu dem relativ starken Rückgang der Arbeitslosigkeit auch bei, dass die Arbeitsmarktpolitik eher stärker entlastend wirkt als im Vorjahr.

Tabelle 2

Arbeitsmarkt und reale Entstehungsrechnung in Deutschland

	2005	2006	2007	2006	2007
	Absolute Werte			Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent	
Erwerbstätige im Inland (in 1.000)	38.823	39.095	39.330	0,7	0,6
Arbeitszeit (in Stunden)	1.437	1.432	1.427	-0,3	-0,3
Arbeitsvolumen (in Milliarden Stunden)	55,79	55,98	56,12	0,4	0,2
Reales BIP	-	-	-	2,4	1,5
Reales BIP je Erwerbstätigen	-	-	-	1,6	0,9
Reales BIP je Erwerbstätigenstunde	-	-	-	2,0	1,3
Erwerbslose nach ILO-Definition (in 1.000)	3.893	3.590	3.390	-7,8	-5,6
Erwerbslosenquote (in Prozent)	9,1	9,0	8,4	-	-
Registrierte Arbeitslose (in 1.000)	4.861	4.475	4.210	-7,9	-5,9
Arbeitslosenquote (in Prozent)	11,1	10,3	9,7	-	-

Quellen: BA; Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Für das Jahr 2007 ist im Kern mit einer Fortsetzung der leichten Beschäftigungsbelegung zu rechnen. Der statistische Überhang durch die Belegung im Verlauf des Jahres 2006 dürfte dafür sorgen, dass die Anzahl der Erwerbstätigen trotz der Wachstumsabschwächung im Jahresdurchschnitt um 0,6 Prozent, jene der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um 0,4 Prozent zunehmen kann. Das Arbeitsvolumen dürfte noch einmal um 0,2 Prozent steigen. Darin enthalten ist ein Kalendereffekt von fast zwei zusätzlichen Arbeitstagen. Das Wachstum der Stundenproduktivität schwächt sich auf 1,3 Prozent ab. Die registrierte Arbeitslosigkeit geht weiter um rund 265.000 Personen zurück und kann damit zum ersten Mal seit dem Jahr 2002 zumindest vorübergehend wieder einmal die Marke von 4 Millionen Arbeitslosen unterschreiten. Die Arbeitslosenquote sinkt auf 9,7 Prozent. Unterstellt ist dabei, dass die eingeleiteten Maßnahmen der intensivierten Zumutbarkeitsüberprüfungen auch weiterhin einen entlastenden Effekt auf die Statistik haben. Daher wird der Rückgang der nach dem ILO-Konzept gemessenen Arbeitslosigkeit mit rund 200.000 Personen auch geringer ausfallen.

Von einiger Bedeutung für den weiteren Verlauf der Arbeitsmarkterholung wird die Fortentwicklung der Arbeitsmarktpolitik sein. Das betrifft zum einen die Frage, ob es im Rahmen einer Neuordnung des Niedriglohnsektors zu einer Gesetzesänderung im Bereich des Sozialgesetzbuches (SGB) II kommen wird, mit der eine Verknüpfung von Mindestlöhnen und Kombilöhnen sowie gegebenenfalls auch eine veränderte Zuweisung der SGB-II-Zuständigkeit statuiert wird. In der Frage der Aufgabenzuweisung stehen sich die Positionen zwischen der Bundesagentur für Arbeit (BA) und dem Deutschen Städtetag auf der einen und dem Landkreistag auf der anderen Seite diametral gegenüber. Die Kombilohndiskussion leidet dagegen an einer fehlenden angemessenen Würdigung des Befunds, dass es nach der zuletzt verfügbaren Statistik schon vor Jahresfrist über 900.000 Fälle einer Anrechnung von Erwerbseinkommen auf die Grundsicherung gab und dass diese Anzahl inzwischen – auch aufgrund attraktiverer Anrechnungsregeln seit Oktober 2005 – auf über 1 Million Empfänger angestiegen sein dürfte. Dies ist sowohl der Intention wie der quantitativen Wirkung nach ein echtes Kombilohnmodell. Es ist nicht ersichtlich, warum diese erst jetzt richtig greifende Maßnahme durch alternative Arrangements ergänzt oder ersetzt werden muss. Schließlich vermeidet diese Aufstockung von niedrigen Erwerbseinkommen gerade die nachteiligen Folgen von Mindestlöhnen auf die Beschäftigung von Geringqualifizierten.

Bedeutsam ist ferner, wie die BA mit den aufgelaufenen Finanzüberschüssen umgeht. Diese sind im Kern die Folge des Umsteuerns der Aktivitäten vom SGB III in das SGB II: Mittlerweile sind fast zwei Drittel der Arbeitslosen dem Rechtskreis SGB II zuzuordnen, vor Jahresfrist waren es erst 55 Prozent. Damit setzt sich der längerfristige Trend beschleunigt fort, dass sich die Finanzierungsanteile der arbeitsmarktbedingten Ausgaben zu Lasten des Bundes und zugunsten der BA verschoben haben, während der Anteil der Länder und Gemeinden am aktuellen Rand leicht zurückgeht. Faktisch tritt damit – so wie es ökonomisch auch geboten ist – die Steuerfinanzierung an die Stelle der Beitragsfinanzierung der Arbeitsmarktpolitik. Maßgabe für die Verwendung der BA-Überschüsse sollte daher sein, dass die geplante Beitragssatzreduzierung von 6,5 auf 4,5 Prozent ausfinanziert ist, ohne dass es bei konjunkturellen Schwankungen sofort wieder zu Beitragssatzanhebungen kommen müsste. Berechnungen beziffern die notwendigen Überschüsse im Konjunkturohoch auf etwa 4 Milliarden Euro (Deutsche Bundesbank, 2006b, 80).

Eine Senkung der Sozialversicherungsbeiträge in dieser Größenordnung dürfte sich stabilisierend auf die Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung im kommenden Jahr auswirken, wenn es nicht zu konterkarierenden Effekten durch die Einführung von Mindestlöhnen und unsinnigen Kombilohn-Reformen kommt. Dennoch wird eine

größere Beschäftigungsdynamik nur mit einem umfassenden wirtschaftspolitischen Ansatz zu erreichen sein, der am Wachstumspfad der deutschen Volkswirtschaft ansetzt.

Tabelle 3

Staatskonto für Deutschland

	2005	2006	2007
in Milliarden Euro			
Einnahmen	975,9	996,5	1.021,6
Steuern	493,0	509,3	533,6
Sozialbeiträge	397,0	399,2	398,3
Ausgaben	1.048,5	1.054,3	1.056,3
Soziale Leistungen	597,7	602,3	610,4
Bruttoinvestitionen	30,2	30,2	30,5
Finanzierungssaldo	-72,6	-57,8	-34,7
Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent			
Einnahmen	2,0	2,1	2,5
Steuern	2,4	3,3	4,8
Sozialbeiträge	0,1	0,5	-0,2
Ausgaben	0,9	0,6	0,2
Soziale Leistungen	0,8	0,8	1,3
Bruttoinvestitionen	-3,8	-0,1	1,1
in Prozent des BIP			
Staatsquote	46,8	45,8	44,5
Abgabenquote	39,1	38,8	38,7
Finanzierungssaldo	-3,2	-2,5	-1,5

Quellen: BMF; Institut der deutschen Wirtschaft

Finanzpolitik durch Steuererhöhungen auf Konsolidierungskurs

Die Finanz- und Steuerpolitik steht im Prognosezeitraum 2006/2007 unter der Zielsetzung einer Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. So wird es den Gebietskörperschaften im laufenden Haushaltsjahr erstmals seit dem Jahr 2001 gelingen, die Maastrichtkriterien einer Neuverschuldung von höchstens 3 Prozent des BIP nicht nur knapp einzuhalten, sondern mit einem Finanzierungssaldo von 2,5 Prozent des BIP nach 3,2 Prozent im Jahr 2005 deutlich zu unterschreiten. Damit wird ein erster wichtiger Zwischenerfolg bei der notwendigen Konsolidierung der öffentlichen Haushalte erlangt (Tabelle 3). Im kommenden Haushaltsjahr wird sich dieser positive Konsolidierungstrend fortsetzen und sogar zu einer

weiteren spürbaren Rückführung des Finanzierungssaldos von 57,8 Milliarden Euro auf 34,7 Milliarden Euro führen. Gemessen am BIP, entspricht dieser Wert dann einer Reduzierung der Defizitquote um einen vollen Prozentpunkt auf 1,5 Prozent.

Während im laufenden Haushaltsjahr 2006 die zu erwartende Reduzierung des Finanzierungssaldos primär durch konjunkturbedingte Steuermehreinnahmen erreicht wird, schlagen im Jahr 2007 die umfangreichen Steuererhöhungen zu Buche und führen bei einer knappen Bewirtschaftung der Ausgabenbudgets zu einem deutlichen Rückgang des gesamtwirtschaftlichen Finanzierungssaldos um 23,1 Milliarden Euro.

Das im Jahr 2006 im Vergleich zum Vorjahr deutlich höhere BIP-Wachstum, gepaart mit einer moderaten und im Vergleich zum BIP unterproportionalen Ausgabenexpansion, trägt nicht nur zu einer Reduktion der Verschuldungsquoten, sondern auch zu einer Reduktion der Staatsquote um ebenfalls einen vollen Prozentpunkt auf 45,8 Prozent bei. Dieser auch unter dem ordnungspolitischen Aspekt erfreuliche Trend wird sich im Jahr 2007, wenn auch ein wenig verlangsamt, fortsetzen. Erfreulich ist auch, dass trotz der vom Gesetzgeber für das Jahr 2007 beschlossenen massiven diskretionären Steuererhöhungen die gesamtwirtschaftliche Abgabenquote im kommenden Jahr nicht zulegen, sondern sich voraussichtlich sogar um 0,1 Prozentpunkte verringern wird. Dieses auf den ersten Blick überraschende Ergebnis resultiert daraus, dass zwar zu Jahresbeginn 2007 mit einer Beitragserhöhung bei der Gesetzlichen Rentenversicherung von heute 19,5 Prozent auf dann 19,9 Prozent gerechnet wird, aber im Gegenzug sich im Jahr 2007 die Verringerung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung um 2 Prozentpunkte niederschlägt. Dadurch gehen die Einnahmen aus den Sozialbeiträgen gegenüber dem Vorjahr leicht zurück. Per saldo ergibt sich dann ein gegenüber dem BIP unterdurchschnittliches Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Abgabenbelastung und somit ein leichter Rückgang der Abgabenquote.

Die gesamten Steuereinnahmen werden im Jahr 2006 um 3,3 Prozent über dem Vorjahreswert liegen und damit die öffentlichen Haushalte im Vollzug entlasten, weil bei der Aufstellung der Budget-Eckdaten zu Beginn dieses Jahres von der Bundesregierung noch von einem niedrigeren Wachstum ausgegangen wurde. Die im Jahresverlauf 2006 deutlicher als erwartet ausgefallene Konjunkturerholung hat vor allem das Aufkommen aus den ertragsbezogenen Unternehmenssteuern gesteigert. Dies gilt primär für die Gewerbesteuer, deren Aufkommen für die Stadtstaaten bereits im ersten Halbjahr dieses Jahres um knapp 20 Prozent über dem Vorjahreswert lag und für die im Jahr 2006 ein neuer Aufkommensrekord erwartet wird. Dagegen fällt der Zuwachs der Einnahmen aus den gesetzlichen Sozialversicherungsbeiträgen um 0,5 Prozent geringer aus. Die Konstanz der Beitragssätze

und die verhaltene Beschäftigungsentwicklung bei den sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen tragen maßgeblich zu diesem Ergebnis bei. Das gegenüber dem Vorjahr gebremste Ausgabenwachstum in Höhe von 0,6 Prozent, das deutlich unter dem Zuwachs des nominalen BIP liegt, trägt ebenfalls zur Konsolidierung des Staatshaushalts bei. Der Beitrag ist aber wesentlich geringer als derjenige, der auf der Einnahmenseite erzielt wird.

Tabelle 4

Steuerbeschlüsse der Bundesregierung

Mehr- und Mindereinnahmen in Milliarden Euro

	2006	2007
Mehreinnahmen insgesamt	1,05	28,4
Mehreinnahmen aufgrund von tariflichen Steuererhöhungen	–	21,8
Anhebung der Umsatzsteuer	–	19,4
Erhöhung der Versicherungsteuer	–	1,7
Einführung einer Reichensteuer	–	0,7
Mehreinnahmen durch Abbau von Steuervergünstigungen	1,05	6,6
Einschränkung der Verlustverrechnung	0,6	1,6
Einschränkung der Entfernungspauschale	–	1,3
Reduzierung des Sparerfreibetrags	–	0,6
Abschaffung des Sonderausgabenabzugs privater Steuerberatungskosten	–	0,3
Abschaffung des Freibetrags bei Arbeitnehmer-Abfindungen	0,05	0,4
Abschaffung der Eigenheimzulage (Restabwicklung)	0,2	1,5
Sonstige	0,2	0,9
Mindereinnahmen aufgrund von Steuererleichterungen insgesamt	–2,8	–6,2
Zeitlich befristete Anhebung der degressiven Abschreibung	–1,1	–3,7
Zeitlich befristete Einführung eines tariflichen Entlastungsbetrags für Gewinneinkommen	–	–0,5
Erhöhung der Umsatzgrenzen bei der Ist-Besteuerung	–1,2	–0,3
Steuerermäßigung für Renovierungsaufwendungen bei Gebäuden	–0,3	–1,1
Abzug von Kinder- und Pflegebetreuungskosten	–0,2	–0,6
Saldo	–1,75	22,2

Quellen: BMF; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Im Jahr 2007 werden sich im Vergleich zum Vorjahr weniger konjunkturelle Effekte als vielmehr eine Vielzahl gesetzlicher und damit institutioneller Änderungen vor allem im steuerlichen Bereich in den öffentlichen Haushalten niederschlagen (Tabelle 4). Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang die zum 1.1.2007 in Kraft tretende Erhöhung der

Mehrwert- und Versicherungsteuer um jeweils 3 Prozentpunkte. Allein diese beiden Maßnahmen werden im Jahr 2007 zu steuerlichen Mehreinnahmen in Höhe von 21,1 Milliarden Euro führen. Weitere diskretionär verursachte Steuernehreinnahmen resultieren aus dem Abbau einer Vielzahl einzelner Steuervergünstigungen, die zusammen mit der Einschränkung des steuerlichen Abzugs der Fahrten zwischen Wohnort und Arbeitsstätte den Gebietskörperschaften 6,6 Milliarden Euro zusätzliche Steuereinnahmen einbringen werden. Hinzu kommt noch die so genannte „Reichensteuer“, deren fiskalische Ergiebigkeit mit 0,7 Milliarden Euro allerdings eher bescheiden ausfällt. Auf der anderen Seite führen die von der Bundesregierung beschlossenen Maßnahmen zur steuerlichen Förderung von Wachstum und Beschäftigung zu Mindereinnahmen von 6,2 Milliarden Euro. Insgesamt verbleiben nach Saldierung dieser Maßnahmen Mehreinnahmen von 22,2 Milliarden Euro.

Da auf der Ausgabenseite der Zuwachs weiter abgebremsst wird, ist im kommenden Haushaltsjahr mit einem wiederum deutlich unter dem BIP-Wachstum liegenden Zuwachs der staatlichen Ausgaben zu rechnen. Erfreulicherweise dürfte im Jahr 2007 der in den Jahren zuvor zu beobachtende Rückgang der öffentlichen Bruttoinvestitionen gestoppt werden. Denn die Gemeinden können aufgrund der deutlich steigenden Gewerbesteuererinnahmen verstärkt investieren. Ob damit die Gefahr qualitativer Konsolidierungsschäden gebannt ist, hängt von der weiteren Entwicklung ab. Insgesamt kann die Finanzpolitik – unterstützt durch die positive Konjunkturerwicklung – im Prognosezeitraum eine erste positive Konsolidierungsbilanz vorlegen. Allerdings werden diese Konsolidierungserfolge weniger über die Ausgabenseite als vielmehr auf der Einnahmenseite erzielt. Im Jahr 2007 werden massive Steuererhöhungen wirksam. Unter Wachstums- und Beschäftigungsgesichtspunkten müsste eine stärkere Entlastung bei den Sozialversicherungsbeiträgen möglich sein. Auch bei einer Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um weitere 1 bis 2 Prozentpunkte würde zumindest ein ausreichender Sicherheitsabstand zur 3-Prozent-Grenze bei der Neuverschuldung bestehen. Gleichwohl sind echte Konsolidierungserfolge, die letztlich auch mit keinem Budgetdefizit einhergehen, nur mit einer Reform der Staatsausgaben zu erreichen. Internationale Erfahrungen zeigen (Grömling, 2005), dass eine solche Konsolidierungsstrategie auch kurzfristig gut für Wachstum und Beschäftigung sein kann.

Literatur

Bassanetti, Antonio / Döpke, Jörg / Torrini, Roberto / Zizza, Roberto, 2006, Capital, labour and productivity: What role do they play in the potential GDP weakness of France, Germany and Italy?, Deutsche Bundesbank Discussion Paper, Series 1, Economic Studies, 09/2006, Frankfurt am Main

BIS – Bank for International Settlements, 2006, Overview: markets focus on monetary policy, in: Quarterly Review, September, S. 1–14

Borio, Claudio, 2006, Monetary and prudential policy at a crossroads? New challenges in the new century, BIS Working Paper, Nr. 216, Basel

Dekabank, 2006, Globalisierung verändert die Wirtschaft, in: Konjunktur-Zinsen-Währung, September, S. 1–20

Deutsche Bundesbank, 2005, Rascher Wandel der Erwerbsarbeit, in: Monatsbericht, Juli, S. 15–27

Deutsche Bundesbank, 2006a, Zur jüngeren Entwicklung der Kredite deutscher Banken an inländische Unternehmen und Privatpersonen, in: Monatsbericht, Juli, S. 15–31

Deutsche Bundesbank, 2006b, Zur Entwicklung der arbeitsmarktbedingten Staatsausgaben, in: Monatsbericht, September, S. 63–86

Enste, Dominik H. / Hardege, Stefan, 2006, Regulierung und Beschäftigung – eine empirische Analyse für 22 OECD-Länder, in: IW-Trends, 33. Jg., Heft 2, S. 33–44

EZB – Europäische Zentralbank, 2006, Monatsbericht, September, Frankfurt am Main

Grömling, Michael, 2005, Fiskalpolitik kontrovers. Konjunkturpolitische Optionen für Deutschland, IW-Positionen, Nr. 18, Köln

Hüther, Michael, 2006, Die beste aller möglichen Welten, in: Handelsblatt, v. 22.09.2006, S. 8

IWF – Internationaler Währungsfonds, 2006a, Global Stability Report, September, Washington D.C.

IWF – Internationaler Währungsfonds, 2006b, World Economic Outlook, April, Washington D.C.

Jäger, Manfred / Voigtländer, Michael, 2006, Immobilienfinanzierung – Hypothekensmärkte und ihre gesamtwirtschaftliche Bedeutung, IW-Analysen, Nr. 22 (noch nicht erschienen), Köln

KfW – Kreditanstalt für Wiederaufbau, 2006, Unternehmensfinanzierung : Banken entdecken den Mittelstand neu, Frankfurt am Main

Matthes, Jürgen, 2006, Doha im Koma – was auf dem Spiel steht, in: ifo Schnelldienst, Nr. 17, S. 11–14

OECD – Organisation for Economic Co-operation and Development, 2003, Sources of Economic Growth, Paris

OECD, 2006, Education at a glance, Paris

Römer, Christof, 2006, Anpassungslasten des chinesischen Wachstumserfolgs, in: IW-Trends, 33. Jg., Heft 1, S. 49–59

Schröder, 2006, Produktivität und Lohnstückkosten im internationalen Vergleich, in: IW-Trends, 33. Jg., Heft 3, S. 73–86

Weichselberger, Annette, 2006, Westdeutsche Industrie: Wieder auflebende Investitionstätigkeit, in: ifo Schnelldienst, Nr. 18, S. 30–35

Economic Outlook for Germany in 2007

The German economy continues to grow even if the upward trend will slightly lose speed. In 2006 real GDP will grow by 2.4 percent. In 2007 the expected rate will be 1.5 percent, however, this will only be a dent in the upward trend as a result of fiscal policies. The VAT increase by 3 percentage points on January 1, 2007 which stimulates private consumption this year will dampen it next year. Apart from this effect the supporting forces are strong enough to sustain the upswing. External demand continues to rise to record levels and investment activity has gained momentum. As employment rises by 270,000 this year and 235,000 in 2007 the self dynamic of domestic demand also gains strength. Unemployment will intermittently go below 4 million.

IW-Prognose 2007

Deutschland, Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent

	2005	2006	2007
Entstehung des realen BIP			
Erwerbstätige	-0,1	0,7	0,6
Arbeitslosenquoten ¹⁾	11,1	10,3	9,7
Arbeitsvolumen	-0,4	0,4	0,2
Produktivität ²⁾	1,3	1,9	1,3
BIP	0,9	2,4	1,5
Verwendung des realen BIP			
Private Konsumausgaben	0,1	0,9	0,3
Konsumausgaben des Staates	0,6	0,9	0,5
Anlageinvestitionen	0,8	4,1	3,6
- Ausrüstungen	6,1	6,8	6,0
- Sonstige Anlagen	4,7	4,0	4,0
- Bauten	-3,6	2,0	1,5
Inlandsnachfrage	0,5	1,8	1,0
- Export	6,9	9,0	6,8
- Import	6,5	8,6	6,5
BIP	0,9	2,4	1,5
Preisentwicklung			
Verbraucherpreise	2,0	1,8	2,2
Einnahmen und Ausgaben des Staates			
Ausgaben ("Staatsquote") ³⁾	46,8	45,8	44,5
Abgaben ³⁾	39,1	38,8	38,7
Staatlicher Finanzierungssaldo ³⁾	-3,2	-2,5	-1,5

1) Registrierte Arbeitslose in Prozent der Erwerbspersonen. 2) Reales BIP je Erwerbstätigenstunde. 3) In Prozent des BIP.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln